

Laibacher Zeitung.

Nr. 66.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 23. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jebeim. 30 kr.

1869.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 9. März 1869

betreffend die Einführung von Schwurgerichten für die durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen.

(Fortsetzung.)

§ 10. Ist die Voruntersuchung geschlossen oder wurde das Begehren um Vervollständigung der Voruntersuchung endgiltig zurückgewiesen, so hat der Ankläger die Anklageschrift binnen acht Tagen vom Tage der hierüber erhaltenen Verständigung bei dem Preßgerichte zu überreichen, widrigens das Preßgericht dieselbe nicht mehr anzunehmen, sondern das weitere Verfahren einzustellen und hievon den Ankläger und den Beschuldigten zu verständigen hat.

§ 11. Die Anklageschrift muß enthalten:

1. Die genaue Bezeichnung der Druckschrift und der Stellen, auf welche sich die Anklage gründet.
2. Die gesetzliche Benennung der strafbaren Handlung, wegen welcher die Anklage erhoben wird, so wie die Anführung der Strafgesetze, deren Anwendung beantragt wird.

3. Die Namen der beschuldigten Personen.

4. Die genaue Benennung der Zeugen und Sachverständigen, deren Erscheinen bei der Hauptverhandlung für notwendig gehalten wird, so wie die Angabe der anderen Beweismittel, deren sich der Kläger in der Hauptverhandlung zu bedienen gedenkt.

Die Anklageschrift ist in so vielfacher Ausfertigung zu überreichen, daß jedem Angeklagten ein Exemplar zugestellt und eines bei dem Gerichte zurückgehalten werden kann.

§ 12. Wird die Anklageschrift rechtzeitig und gehörig eingebracht, so bestimmt der Vorsitzende des Preßgerichtes den Tag der Hauptverhandlung in der Art, daß dem Angeklagten, soferne dieser nicht selbst zur Abklärung der Frist seine Zustimmung gibt, bei sonstiger Nichtigkeit von der Zustellung der Vorladung eine Frist von wenigstens acht Tagen zur Vorbereitung seiner Verteidigung bleibe.

Gleichzeitig ist dem Angeklagten bei sonstiger Nichtigkeit ein Exemplar der Anklageschrift mit dem Auftrage mitzutheilen, an dem zur Hauptverhandlung bestimmten Tage persönlich zu erscheinen und den gewählten Verteidiger so wie die Zeugen und Sachverständigen, die er vorgeladen haben will, dem Preßgerichte rechtzeitig namhaft zu machen.

§ 13. Stellt der Ankläger oder der Angeklagte das Begehren um Vorladung von Zeugen oder Sachverständigen, welche nicht schon zufolge der Anklageschrift vorzuladen sind, so hat er dies dem Preßgerichte unter Angabe der Thatfachen, worüber der Vorzuladende vernommen werden soll, rechtzeitig anzuzeigen.

Die Liste der neu zu ladenden Zeugen und Sachverständigen ist dem Gegner längstens 3 Tage vor der Hauptverhandlung mitzutheilen, widrigens diese Personen ohne seine Zustimmung nicht vernommen werden dürfen, unbeschadet der dem Gerichte und dem Vorsitzenden des Schwurgerichtshofes nach der allgemeinen Strafproceßordnung eingeräumten Macht.

§ 14. Ist die Anklage auf ein Verbrechen gerichtet, so hat das Preßgericht dem Angeklagten, wenn er sich einen Verteidiger zu wählen unterläßt, einen solchen von Amts wegen bei sonstiger Nichtigkeit zu bestellen.

§ 15. Zu der Gerichtsitzung sind, nebst dem Angeklagten und seinem Verteidiger, der Ankläger, der Beschädigte, der sich dem Verfahren angeschlossen hat, die Geschwornen, dann jene Zeugen und Sachverständigen vorzuladen, deren Vorladung von den Parteien begehrt und von dem Gerichte für notwendig erachtet worden ist.

§ 16. Das Schwurgericht besteht aus dem Gerichtshofe und zwölf Geschwornen (Geschwornenbank). Der Gerichtshof besteht aus einem Vorsitzenden und zwei, und wenn es sich um ein mit mehr als fünf Jahren Kerker bedrohtes Verbrechen handelt, vier Richtern nebst einem Schriftführer.

Der Präsident des Oberlandesgerichtes ernennt auf die Dauer eines Jahres für jedes Preßgericht den Stellvertreter des Vorsitzenden, die Richter und zwei Ersatzrichter aus den Mitgliedern des Preßgerichtes. Der Präsident des Preßgerichtes hat bei den Schwurgerichtsverhandlungen in der Regel den Vorsitz zu führen.

§ 17. Die Schwurgerichtssitzungen finden in der Regel alle drei Monate statt.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten steht jedoch das Befugniß zu, nach Bedarf für die Abhaltung derselben kürzere Zeiträume zu bestimmen.

§ 18. Für jede Schwurgerichtssitzung werden die in der Dienstliste bestimmten 36 Hauptgeschwornen einberufen, aus deren Zahl die zur Besetzung der Geschwornenbank für jeden einzelnen Straffall erforderlichen zwölf Geschwornen entnommen werden.

Die Bildung der Geschwornenlisten wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.

§ 19. Die Namen der zum Schwurnengerichte berufenen Mitglieder des Gerichtshofes und das Verzeichniß der 36 Hauptgeschwornen sind bei sonstiger Nichtigkeit jedem Angeklagten spätestens am dritten Tage vor demjenigen, an welchem die Verhandlung beginnen soll, durch das Preßgericht mitzutheilen.

§ 20. Unmittelbar vor dem Beginne der Verhandlungen wird in nicht öffentlicher Sitzung des Schwurgerichtshofes in Gegenwart des Anklägers, des Beschädigten, des Angeklagten und seines Verteidigers so wie der vorgeladenen Geschwornen zur Bildung der Geschwornenbank geschritten.

Dieselbe beginnt mit dem Auftrufe der Geschwornen durch den Schriftführer.

Sind nicht alle 36 Geschwornen erschienen, so muß die Zahl durch den Vorsitzenden ergänzt werden.

Derselbe hat sofort an Stelle der Ausgebliebenen eine gleiche Zahl von Ergänzungsgeschwornen und zwar in der Reihenfolge vorzurufen, in welcher die Namen der Ergänzungsgeschwornen bei Bildung der Dienstliste aus der Urne hervorgegangen sind.

§ 21. Jeder Geschworne, der ohne gültigen Entschuldigungsgrund ausbleibt oder vor dem Schlusse der Sitzung sich entfernt, ist von dem Schwurgerichtshofe zu einer Geldbuße bis fünfzig Gulden zu verurtheilen.

§ 22. Sobald die Zahl der Geschwornen vollständig ist, richtet der Vorsitzende bei sonstiger Nichtigkeit an den Ankläger, an den Beschädigten, an den Angeklagten und an die Geschwornen die Frage, ob bei einem der Letzteren ein Grund vorhanden sei, der ihn von der Theilnahme an der vorliegenden Verhandlung ausschließe. Solche Gründe sind:

a. wenn der Geschworne zu dem Angeklagten oder dem durch die strafbare Handlung Beschädigten in einem solchen Verhältnisse steht, welches in Gemäßheit des § 52 der allgemeinen Strafproceßordnung einen Richter von der Ausübung des Richteramtes ausschließen würde;

b. wenn er aus der Freisprechung oder Verurtheilung des Angeklagten einen Nutzen oder Schaden zu erwarten hat;

c. wenn er in der vorliegenden Sache als Gerichtszuge verwendet wurde, wenn er als Verteidiger oder Vertreter des Anklägers oder des Angeklagten aufgetreten ist, oder als Zeuge oder Sachverständiger abgehört wurde oder abgehört werden soll;

d. wenn er bei einer früheren Hauptverhandlung über dieselbe Strafsache, welche nunmehr zur neuerlichen Hauptverhandlung gelangt (§§ 47, 65), sich als Geschwornener betheiligt hat.

Ueber die vorgebrachten Gründe der Ausschließung entscheidet der Gerichtshof.

§ 23. Zur Bildung der Geschwornenbank müssen bei sonstiger Nichtigkeit wenigstens dreißig Geschworne, die nicht in Gemäßheit des vorstehenden Paragraphes ausgeschlossen wurden, zugegen sein. Die Namen derselben werden in eine Urne gelegt und sodann von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes einzeln herausgezogen und verlesen.

Sobald ein Name aus der Urne gezogen und verlesen ist, hat zuerst der Ankläger und nach ihm der Angeklagte das Recht, die Geschwornen ohne Angabe von Gründen abzulehnen.

§ 24. Der Ankläger und der Angeklagte haben das Recht, jeder eine gleiche Anzahl von Geschwornen abzulehnen.

Ist die Zahl der Geschwornen ungerade, so ist der Angeklagte befugt, einen mehr als der Ankläger zurückzuweisen. Beschädigte üben dieses Recht gemeinschaftlich mit dem Staatsanwalte aus, Mitangeklagte gemeinschaftlich mit einander, ohne daß dadurch die Zahl der Ablehnungen vermehrt werden darf.

Können sie sich hierüber nicht vereinigen, so entscheidet das Los über die Reihenfolge, in welcher die

gemeinschaftlich Berechtigten das Ablehnungsrecht auszuüben haben.

Die von einem derselben erfolgte Ablehnung gilt auch für die anderen Theilnehmenden.

§ 25. Das Recht der Ablehnung hört auf, sobald zwölf nicht abgelehnte Namen von Geschwornen aus der Urne hervorgegangen oder nur noch so viele Namen, als zur Ergänzung der Zahl der Geschwornen bis auf zwölf erfordert werden, in der Urne übrig sind.

Die auf solche Art bestimmten zwölf Geschwornen bilden die Geschwornenbank, vor welcher die Hauptverhandlung vorzunehmen ist.

§ 26. Läßt sich voraussehen, daß eine Hauptverhandlung einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werde, so kann der Vorsitzende verfügen, daß ein oder zwei Ersatzmänner zugezogen und daß daher statt der zwölf Geschwornen deren dreizehn oder vierzehn ausgelost werden.

Die Zahl der erlaubten Ablehnungen vermindert sich in diesem Falle verhältnismäßig. Die Ersatzgeschwornen müssen der ganzen Verhandlung ohne Unterbrechung beiwohnen und treten, falls einer oder der andere der ersten zwölf Geschwornen verhindert sein sollte, der ganzen Verhandlung bis zum Ausspruche der Geschwornen beiwohnen, in der Reihenfolge, in welcher ihre Namen gezogen wurden, an deren Stelle.

§ 27. Die Hauptverhandlung vor dem Schwurnengerichte ist öffentlich bei sonstiger Nichtigkeit.

Es ist nur erwachsenen und unbewaffneten Personen gestattet, als Zuhörer bei derselben zu erscheinen; doch darf Personen, welche vermöge ihres öffentlichen Dienstes zum Tragen einer Waffe verpflichtet sind, der Zutritt nicht verweigert werden.

Die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung darf nur aus Gründen der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen werden.

§ 28. Der Vorsitzende des Schwurgerichtshofes hat die Pflicht, den Geschwornen in Beziehung auf die Ausübung ihres Amtes die erforderliche Anleitung zu geben, ihnen die Sache, über welche sie zu berathen haben, auseinanderzusetzen und sie nöthigenfalls an ihre Pflichten zu erinnern. (Fortsetzung folgt.)

Der Minister für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit hat den k. k. Polizeicommissär August Rauscher zum Centralinspector der k. k. Sicherheitswache in Wien ernannt.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten des Wiener Landesgerichtes Karl Rrticza Freiherr v. Zaden zum Rathsecretär dieses Landesgerichtes ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter Anton Dyduzhyński in Lutowiska über sein Ansuchen in seiner jetzigen Eigenschaft nach Bircza überfetzt.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten Michael Gasparh in Tarnopol zum Rathsecretär dafelbst ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten Constantin Rogalski in Tarnobrzeg und Wenzel Adamski in Mielec die angesuchte Uebersetzung in ihrer jetzigen Diensteseigenschaft und zwar dem Ersteren nach Kenty und dem Letzteren nach Myslenice bewilligt.

Der Justizminister hat zu Bezirksgerichtsadjuncten im Krakauer Oberlandesgerichtsprengel ernannt: den Bezirksgerichtskanzlisten Johann Domogalski in Jaslo für Milowka und die Auscultanten Wilibald Bruhniß für Dabrowa, Heinrich Ehardt v. Ehardtburg und Edmund Wacholz für Neumarkt.

Der Justizminister hat den Kreisgerichtsadjuncten in Bozen Anton v. Grabmahr zum Staatsanwalts-Substituten bei dem dortigen Kreisgerichte ernannt.

Der Justizminister hat die bei dem tirolisch-vorarlbergischen Oberlandesgerichte erledigte Rathsecretärsstelle dem Gerichtsadjuncten des Landesgerichtes in Innsbruck Dr. Florian Blas verlichen.

Der Justizminister hat die bei dem Bezirksgerichte in Pinguente erledigte Adjunctenstelle dem Auscultanten Arthur Fleischer verlichen.

Der Justizminister hat die bei dem Bezirksgerichte in Bolosca erledigte Adjunctenstelle dem Auscultanten Franz Legat verlichen.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Kaiserreise.

Pola, 18. März. (Tr. Ztg.) Zur Vervollständigung meines gestern abgeordneten Berichtes trage ich noch Folgendes nach. Gestern Nachmittags 2 Uhr stieg S. M. bei den gedeckten Stapeln an's Land, wohnte der Kielegung des Transportdampfers „Pola“ bei, sah sich die Ausdockung der „Helgoland“ an und besichtigte im Vorbeigehen die am Lande befindliche Fregatte „Schwarzenberg“ und das im Umbau zu einem Panzerschiffe begriffene Linienschiff „Kaiser.“ Während der Ausdockungsarbeiten der „Helgoland“ sprang S. M. in ein am Landungs-molo angelegtes, von zwei Arbeitern gerudertes kleines Boot und betrachtete — indem er sich herumführen ließ — von demselben aus das Balancedock und die Vornahme der Operationen. S. M. nahm noch das wirklich großartige Trockendock in Augenschein und fuhr sodann nach dem Scoglio Franz, wo er die im Gange befindlichen Befestigungsarbeiten besichtigte. Abends fand das Diner statt. Von Seite der Marine wurde eine glänzende Beleuchtung der Riva, des Scoglio Olivi, der Kriegsschiffe, der Arena und sämtlicher Etablissements veranstaltet. Der Scoglio Olivi glich einem Feuermeer und das durch die verschiedenfarbigen Blickfeuer, Holzstöße, Theer- und Beschläger erleuchtete Amphitheater bot einen unbeschreiblich zauberhaften Anblick dar. Die Stadtbefeuchtung fiel matt aus, mit Ausnahme des dem Herrn Valerio aus Triest gehörigen Hauses, dessen Fenster mit die verschiedenen österreichischen Landeswappen darstellenden Transparenten geschmückt waren, fiel nur noch die glänzende Beleuchtung des „Hotels Ribolli“ auf. Nach 8 Uhr fuhr S. M. durch eine dichtgedrängte Zuschauermenge ins Theater. In der 1. Loge nahm noch Viceadmiral v. Tegetthoff und Herzog v. Württemberg Platz. Sämtliche Logen waren besetzt, das Parterre aber auffallend leer, die Toiletten einfach aber geschmackvoll. Gespielt wurde „Die Feenhand“ v. Scribe, welches Stück, da die hiesige Schauspielergesellschaft eben nicht zu den vorzüglichsten zählt, ziemlich langweilte. Nach dem 2. Stücke verließ S. M. Majestät das Theater und begab sich an Bord seiner Yacht. Heute um die 7. Morgenstunde besichtigte S. Majestät die Panzerfregatten „Erzherzog Ferd. Max“ und „Salamander“, die Holzfregatten „Adria“, „Bellona“ und „Venus“ und die Batterie Feuerspeicher. Auf sämtlichen Schiffen ließ S. Majestät das große und Gesichts-Klarship im Feuer üben und sprach sämtlicher Schiffsbesatzung seine vollste Anerkennung aus.

Dem Commandanten, den Officieren und Seecadeten der mit Armstrongs bestückten Panzerfregatte „Salamander“, auf welcher unglaublich rasch geschossen wurde, sagte S. Majestät: Ich kann Ihnen, meine Herren, nur meinen Dank und meine vollste Anerkennung sagen, für die musterhafte Instandhaltung des Schiffes und die vorzügliche Abrihtung der Mannschaft. Ich sehe, daß sich viel Mühe gegeben wurde. — S. Majestät besichtigte noch die Magbarake und das Fort „Marie Louise“ und schiffte sich vor 12 Uhr ein. Um 11 Uhr Nachmittags verließ S. Majestät unter dem Donner der Festungs- und Schiffsgeschütze, den Hurraufen der Matrosen und Arsenalarbeiter in Begleitung der k. k. Escadre den Hafen von Pola und begab sich nach Fasana, stieg bei der Insel Brioni ans Land, und besichtigte die Forts. Um 6 Uhr fand das Diner statt. Während des Frühstücks und Dinners am „Greif“ war S. Maj. stets heiterer Laune, sprach fast mit allen Eingeladenen, äußerte sich befriedigend über die neuen Hänferanlagen der Marine in St. Policarpo und ersuhr bei dieser Gelegenheit, daß der neue Stadttheil durch ein allgemeines stillschweigendes Uebereinkommen den Namen „Klatschhausen“ erhalten habe. Die Entstehung dieses Namens ist folgende: Pola bietet in der eigenthümlichen beinahe homogenen Zusammensetzung seiner Bevölkerung so wenig dessen, was das Leben (soweit es sich um das sociale handelt), erfreut, daß die Familien, besonders das schöne Geschlecht, beinahe ausschließlich darauf angewiesen sind, sich nur durch die unschuldigen Vorkommnisse im Familienleben selbst zu zerstreuen. Ganz natürlich und sehr praktisch haben die Damen nicht die Vorkommnisse in ihrer eigenen Familie, sondern mit peinlicher Regelmäßigkeit diejenigen fremder und möglichst benachbarter Familien zum Stoffe ihrer lebenswürdigen Plaudereien zu erkiefen sich angewöhnt. Gegenseitigkeit wurde geübt und wenn auch bei diesen Anlässen nicht geradezu das Völkerrecht verletzt wurde, so brachte es doch die Sache selbst mit sich, daß aus mancher Freundschaft bitterböse Feindschaften erwachsen. Waren gar die Gegnerinnen schon in dem glücklichen Alter angelangt, in welchem Zahnfücken und einige Runzeln nicht mehr zu den Seltenheiten gehören, so trat zu dem Gift auch noch die Galle — und über das, was folgte, decken wir den Schleier christlicher Barmherzigkeit. Aber „Klatschhausen“ war der Name, der dem Stadttheil blieb und umsomehr bleiben wird, als S. Majestät, dem die Sache erzählt wurde, lachend erklärte, daß Klatschhausen fast hübscher als St. Policarpo klinge.

Um 10 Uhr Nachts verließ Greif und die Escadre die Rhyde von Fasana und steuerte nach Triest.

Triest, 20. März. Um 2 Uhr Nachmittags erfolgte die Abreise Sr. Majestät. Alle Abschiedsceremonien waren abgefohlen. Der Kaiser begab sich in Begleitung des Statthalterleiters FML. Möring vom Statthaltereigebäude zu Fuß mitten durch die dichtgedrängten jubelnden Volksmassen, so wie von zahlreichen Schiffen im Hafen mit den lebhaftesten Zurufen begrüßt, auf den Molo St. Carlo zu dem Lloyd-Dampfer „Mercur“, wo die Minister, das kaiserl. Gefolge, das Municipium nebst dem Verwaltungsrathe des Lloyd versammelt waren und der Podestà eine Abschiedsansprache hielt. Auch hatte sich der italienische Armee-general della Rocca zur neuerlichen Begrüßung Sr. Majestät eingefunden.

Der Dampfer „Mercur“ in Begleitung von sechs anderen, mit zahlreichem Publicum von Triest besetzten, in schönsten Flaggen schmucke prangenden Lloydsschiffen, fuhr nach Sestiana, wo S. Majestät von Bord des Dampfers der bereits erwähnten Minensprengung beiwohnten. Die Explosion der großartigen, mit 200 Centner Pulver geladenen Mine gelang vollkommen regelrecht und gewährte einen prachtvollen Anblick. S. Majestät wurde mit Pölerschüssen vom nahen Schloß Duino und mit enthusiastischen Hochrufen von den am Ufer versammelten Massen des Landvolkes begrüßt. Bei Ankunft Sr. Majestät des Kaisers in Sestiana fuhr die Fürstin Hohenlohe als Besizerin des Schlosses in Duino mit ihren Söhnen Allerhöchstdemselben entgegen, um ihre Huldigung darzubringen.

Der Dampfer „Mercur“ nahm sodann Richtung nach Miramar, wo S. Majestät der Kaiser bei der Landung mit neuerlichem Jubel empfangen wurde. Nur in Begleitung des Generaladjutanten Bellegarde besichtigte S. Majestät das Schloß, um dort in der Capelle die Andacht zu verrichten und begab sich sodann zu Fuß auf den kaiserlichen Stationsplatz von Miramar, der von der Eisenbahnverwaltung auf das prächtigste ausgeschmückt war. Dasselbst war eine zahllose Menschenmenge versammelt, die S. Majestät enthusiastisch begrüßte, und 12 in der netten Nationaltracht gekleidete Mädchen aufgestellt, welche Sr. Majestät für Ihre Majestät die Kaiserin einen prächtigen Blumenstrauß überreichten, den Allerhöchstderselbe huldreichst entgegenzunehmen geruhten.

Um 4 $\frac{1}{4}$ Uhr erfolgte die Abreise Sr. Majestät.

Laibach, 22. März.

Der belgisch-französische Conflict wird, wie man nach den neuesten Nachrichten annehmen darf, in einer Conferenz sein friedliches Ende finden. Es handelt sich nur noch um Feststellung des Programms und der Competenz für die Conferenz; hier haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, welche jedoch durch den Einfluß Englands wohl bald schwinden werden, und wir werden alsbald die zweite Pariser Conferenz dieses Jahres tagen sehen.

In Berlin scheint man es nicht ungern zu sehen, daß Frankreich durch den Brüsseler Conflict und die spanische Thronfrage von der deutschen Frage abgezogen wird. Zu gleicher Zeit finden wir in der „A. A. Z.“ einen Artikel: „Frankreich und der europäische Friede“, welcher entschieden für das Recht Deutschlands, sich unabhängig von fremdem Einflusse zu consolidiren und gegen die historisch von Chlotar bis auf Napoleon I. nachgewiesene Eroberungssucht der alten und neuen Gallier auftritt. Für die Friedensliebe Preußens wird sein Nachgeben in der Luxemburgfrage und die Thronrede König Wilhelms bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages angeführt. Es wird auf den bewaffneten Frieden hingewiesen, der fast die Hälfte der Volkskraft verzehrt. Was würde man von einer Sicherheitsbehörde sagen — meint der Correspondent des Augsburger Blattes — wenn sie ruhig mit ansehen wollte, daß Männer in Glagehandschuhen und verkommene Strolche in buntem Gemisch tagtäglich mit brennender Cigarre an einem Pulvermagazin spazieren gingen, und dadurch die Bevölkerung der ganzen Umgegend nöthigten, ihre werthvollsten Sachen zu bergen und stets auf die eigene Sicherheit bedacht zu sein?

Die Antwort findet der Correspondent in einer neuen „Friedensassociation“ zunächst in Deutschland. Aber auch die Cabinette Europa's hätten die Macht, alsbald den Frieden zu verbürgen und alle Kriegsgerüchte niederzuschlagen, wenn sie in einer den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Weise den Weg betreten wollen, welchen die viel geschwätzte „heilige Allianz“ im Jahr 1816 Frankreich gegenüber beschritt und dadurch der Welt fünfzig Friedensjahre geschenkt hat. Bernadotte habe im Jahre 1813 an Napoleon I. geschrieben: „Ew. Majestät System (damals die Continentsperre) will den Nationen die Ausübung der Rechte untersagen, welche ihnen die Natur selbst gewährt hat, miteinander im Handelsverkehr zu bleiben . . . und in Frieden zu leben . . .“ Jede Nation hat das Recht sich nach ihren eigenen Gesetzen, nach ihren Gewohnheiten und nach ihrem Willen zu regieren — Frankreich machte dieses Recht für sich geltend im Jahr 1792, Schweden nahm es für sich in Anspruch im Jahr 1813.“ (Und setzen wir hinzu: Deutschland wird es sich noch viel weniger entreißen lassen, wenigstens nicht ohne einen Kampf auf Leben und Tod!) „Ich kenne die Geneigt-

heit des Kaisers Alexander.“ (heute würde er sagen, des Königs Wilhelm) und des Cabinets von St. James, zum Frieden. Die traurige Lage des Continents fordert denselben, und Ew. Maj. darf ihn nicht verweigern. Wollen Sie, der Beherrscher des schönsten Reichs der Welt, die Grenzen desselben noch immer erweitern, und dereinst einem weniger starken Arm als der Ihrige ist die traurige Erbschaft endloser Kriege hinterlassen? Will Ew. Maj. nicht dahin wirken, daß die Wunden der Revolution endlich vernarben von welcher dem französischen Volke nichts verblieben ist, als die Erinnerung an die errungenen Lorbeeren und das thatsächliche Elend im Lande? Sire, die Geschichte lehrt, daß der Plan einer Universalmonarchie eine Chimäre ist; denn das Gefühl der Unabhängigkeit kann im Herzen der Völker gedämpft (amorti), aber nicht ausgelöscht (non efface) werden. Möge Ew. Maj. alle diese Gründe in Erwägung ziehen, und einmal wirklich an den allgemeinen Frieden denken, dessen entweihter Name bereits so vieles Blut hat fließen lassen. . . .“

Sollte die gegenwärtige Generation jenseits des Rheins — schließt der Correspondent — ihren staatsklugen Landsmann aus dem achtzehnten Jahrhundert lügenstrafen und zu den Notheiten des sechsten zurückkehren wollen? Nun, dann wird die Geschichte mit einer neuen Coalition antworten; denn die Völker wollen frei sein und unabhängig, und werden zur Erreichung dieses Zieles, trotz aller Irrleitungen, zuletzt doch auf das einzige Mittel zurückgedrängt werden, welches sich schon wiederholt in der Geschichte bewährt hat.

63. Sitzung des Herrenhauses

vom 17. März.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 45 Minuten eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung und des Einlaufes (darunter die Petition des Linzer Bischofs in Sachen seiner Dotation) berichtet Graf Kuefstein über einige Petitionen, welche an die bezüglichen Ministerien befürwortend abgetreten werden.

Fürst Adolf Auerberg überreicht eine Petition des Landesauschusses des Königreiches Böhmen, es möge das hohe Haus über den Gesetzentwurf wegen Vermessung, Verschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahn-Unternehmungen nicht abermals zur Tagesordnung übergehen.

Man übergeht nun zur Tagesordnung, der zweiten Lesung des eben genannten Eisenbahngesetzes.

Freiherr v. Doblhoff macht die Mittheilung, auch die Commune Wien habe eine Petition überreicht, es möge das Gesetz vorgenommen, jedoch in anderer Weise als vom Abgeordnetenhaus erledigt werden. Doblhoff stellt den Antrag, es solle die Petition ebenfalls verlesen werden. (Angenommen.)

Berichterstatter Arnetz verliest hierauf den Commissionsbefund, der dahin geht, das Haus wolle über den vorliegenden Entwurf zur Tagesordnung übergehen.

Finanzminister Dr. Breitel erklärt, die Staatsfinanzen seien durch diese Frage in keiner Weise berührt; der gegenwärtige Zustand sei kein gerechter und haltbarer und der vorliegende Gesetzentwurf gewähre die Möglichkeit einer nach allen Seiten hin billigen Regelung der Steuerangelegenheit der Eisenbahnunternehmungen.

Es sprechen noch die Herren Fürst Adolf Auerberg, Graf Anton Auerberg, Baron Gleispach und Ritter v. Hye gegen den Commissionsantrag.

Nachdem der Justizminister Dr. Herbst die Billigkeit und Gerechtigkeit des Gesetzentwurfes hervorgehoben und den politischen Standpunkt der Frage erörtert, wird der Antrag des Fürsten Karl Auerberg auf Rückverweisung des Gesetzentwurfes an die Commission mit großer Majorität angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Executionsfähigkeit der vor Vertrauensmännern der Gemeinden abgeschlossenen Vergleiche. Derselbe wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

64. Sitzung des Herrenhauses

vom 18. März.

Die Sitzung wird um 12 Uhr von dem Präsidenten Fürsten Colloredo eröffnet.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird zur Tagesordnung übergegangen.

Erster Gegenstand derselben ist der Bericht der finanziellen Commission über den Gesetzentwurf, betreffend den Abschluß von Vergleichen mit den Landesvertretungen von Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Steiermark und Krain in Betreff der denselben bisher bezahlten Subventionen und die Capitalisirung der den Ländern Tirol, Salzburg und Kärnten jährlich gebührenden Dotationsbeträge. Das Haus stimmt dem Antrage der Commission ohne Debatte bei und ertheilt dem Gesetze und den Vergleichen in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung ihre Genehmigung.

In gleicher Weise wird der folgende Gegenstand, Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Volkszählung, erledigt. Auch dieses Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird die Wahl von sechs Mitgliedern in die Commission zur Vorberathung des Gesetzes, betref-

fend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnunternehmungen vorgenommen. Als gewählt erscheinen: Graf Gleispach, Fürst Auerberg, Fürst Czartoriski, Prof. Neumann, Freiherr v. Herring, R. v. Burg.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetcommission über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1869. Die Commission (Berichterstatler Winterstein) beantragt, dem Finanzgesetze mit dem dazu gehörigen Staatsvorschläge seine Zustimmung zu erteilen.

Eine Generaldebatte findet nicht statt und wird sogleich zur Specialdebatte geschritten.

Die Capitel I bis VII des Abgeordnetenhauses werden ohne Debatte mit den eingestellten Ziffern angenommen. Zu Capitel VII Ministerium für Cultus und Unterricht beantragt die Commission folgende Resolution: Das hohe k. k. Cultusministerium wird aufgefordert, das bezüglich der Dotation des Bisthums Linz bestehende Rechtsverhältnis einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Berichterstatler Winterstein bemerkt hiezu, daß die Commission die in dieser Angelegenheit beschlossene Resolution des Abgeordnetenhauses deshalb nicht annehmen zu sollen glaubte, weil darin eine Art Judicialur ausgesprochen wäre, die dem Hause nicht zukommt.

Die vom Graf Fünfkirchen gestern der Commission überreichte Petition des Bischofs von Linz, der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Resolution seine Zustimmung nicht zu geben, findet durch den Commissionsantrag seine Erledigung.

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Bei der weiters beantragten Resolution, enthaltend die Aufforderung an die Regierung, eine die Regelung der Gehalte der Universitätsprofessoren bezeichnende Gesetzesvorlage ehestens einzubringen, versichert Minister Hasner, daß sich die Regierung mit dem Gegenstande eingehend beschäftigt.

Ein Antrag des Ritter v. Hye, die Regierung aufzufordern, auch für die Berechnung der Dienstzeit der Professoren im Falle ihres Uebertrittes zu anderen Zweigen des öffentlichen Dienstes angemessene Fürsorge zu treffen, wird abgelehnt.

Die Resolution, betreffend die baldige Inangriffnahme des Universitätsbaues wird von Graf Wickenburg warm unterstützt. Minister Hasner gibt die Erklärung ab, daß die in dieser Angelegenheit zwischen den einzelnen Ministerien schwebenden Verhandlungen in nächster Zeit zum Abschlusse gelangen und er schon in den nächsten Wochen in der Lage sein werde, den Bau zu beginnen. (Beifall.)

Die übrigen Capitel und Resolutionen werden durch unveränderte Annahme erledigt.

65. Sitzung des Herrenhauses

vom 19. März.

Vorsitzender: Fürst Colloredo-Mannsfeld.

Auf der Ministerbank: Hasner.

Regierungsrath Neumann übergibt eine Petition des Gemeinderathes von Wien, betreffend die Erhaltung und Wahrung des Rechtes der Stadt Wien zur Ernennung der von der Gemeinde bezahlten Lehrer und Oberlehrer.

Wird der politischen Commission zugewiesen.

Der erste und einzige Punkt der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Systemisirung der auf Staatskosten zu besetzenden Dienstplätze bei den Landes- und Bezirkschulrathen.

Prof. Miklosich referirt über diesen Gesetzentwurf und beantragt Namens der politischen Commission die unveränderte Annahme desselben in der von dem Abgeordnetenhause angenommenen Fassung.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte angenommen und auch sogleich in dritter Lesung erledigt.

Hiermit schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung unbestimmt.

177. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. März.

(Schluß.)

Zum letzten Paragraphen nimmt das Wort Abg. Dr. Sturm: Nicht um einen Antrag zu stellen, sondern um eine Betrachtung und Erinnerung zu bringen, welche zugleich als Motiv für meine und meiner politischen Freunde Abstimmung bei der dritten Lesung dienen soll, habe ich mich zum Worte gemeldet. Ich war nicht Mitglied des Wehrausschusses, und war auch ohne mein Verschulden verhindert, der vorgestrigen Generaldebatte beizuwohnen. Ich konnte daher erst in der Specialdebatte Stellung zum Gesetze und zu den Anträgen der Majorität und Minorität nehmen. Ich bin dabei keineswegs, wie mir der Berichterstatler der Majorität vorwarf, der Entscheidung ausgewichen, wie überhaupt das Ausweichen nicht meine Sache ist. Ich habe erklärt, daß ich, abgesehen von der gesetzlichen Abtheilung in Districten, vollständig auf dem Standpunkte der Minorität stehe, doch das Haus hat befunden, daß man zwar für eine Million Soldaten 50 Mill. Gulden des Jahres, aber nicht für 200.000 Landwehrmänner 50.000 bis 80.000 Gulden ausgeben dürfe.

Das Haus hat damit nur eine Finanzfrage entschieden, denn es ist uns zugestanden worden, daß in den Anträgen der Minorität weder eine nationale, noch eine gegen die Einheit und Wehrfähigkeit der Landwehr gelegene Tendenz zu finden war.

Die Frage steht heute somit so: haben wir Ursache, unsere Armee, die bereits auf 800.000 Mann und mit Zuziehung der Grenzer und Reserve auf eine Million erhöht wurde, um weitere 200.000 Mann zu erhöhen, um 200.000 ungeübter Soldaten, die wahrscheinlich, in ihrem Berufe nicht sehr brauchbar, einem sehr traurigen Geschicke verfallen und der Arbeit und dem Gewerbe entzogen werden.

Es hat selbst der Herr Minister des Innern gegeben, die österreichische Bevölkerung fühlt ein Bedürfnis nach der Landwehr, und die Landwehr soll nicht ein Uebergang zum Militärsystem, sondern eine Vermehrung des Materials für die Armee sein. Ich glaube, wir haben an solchen Material schon genug, und die Lasten, die dadurch den Steuerträgern auferlegt werden, sind groß genug, als daß wir sie noch um die Kosten für weitere 200.000 Mann vermehren sollten.

Dieses hohe Haus ist in die Debatte über das Landwehrgesetz eingetreten; am 15. März heute vor 21 Jahren freute sich ganz Oesterreich über die von Ferdinand dem Gütigen verliehene Constitution, und aller Orts bewaffneten sich Bürger, um ohne Unterschied der Nationalitäten für die constitutionelle Freiheit einzustehen. Haben wir uns, die wir damals gleichfalls in jugendlichem Enthusiasmus die Waffen ergriffen, uns vorstellen können, daß in den Märztagen des Jahres 1869 die österreichische Volksvertretung das Princip der Bürgerwehr, welche wir in den Märztagen des Jahres 1848 in solcher Begeisterung bei den Völkern Oesterreichs aufgenommen fanden, begraben wird?

Man wird mir einwenden, die österreichischen Zustände, die Verschiedenheit der Nationalitäten und die hieraus entstehenden Schwierigkeiten gestatten uns nicht, das Volk zu bewaffnen und Bürgerwehren zu errichten, das hohe Haus hat wenigstens dieser Anschauung durch seinen gestrigen Beschluß Ausdruck gegeben, und ich muß diese Anschauung des hohen Hauses achten.

Allein greifen wir doch der Zukunft nicht vor. Indem wir heute die ganze wehrfähige Jugend zu Soldaten machen, erklären wir das Princip der Bürgerwehr für eine lange Reihe von Jahren hinaus für unmöglich. So weit müssen wir nicht gehen. Bewahren Sie daher das Institut der Landwehr, wie es sein soll und wie wir es wünschen, derjenigen Zukunft auf, die es gestatten wird, die Ideale Derjenigen von uns zu schonen, deren Ideale noch nicht in Wertheim'schen Cassen aufbewahrt sind. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Berichterstatler Baron Petrino: Ich fühle mich nicht berufen, dem Nachklang, welchen der Abg. Sturm dem § 34 angehängt hat, zu folgen, nachdem es doch jedem Manne frei steht, seine Empfindungen zum Besitze zu geben, und ich glaube, daß jedes Mitglied des Hauses die Empfindungen des Herrn Abgeordneten zu achten bereit ist.

§ 34 wird sodann angenommen.

Abg. Baron Prato beantragt als § 35 einen neuen Paragraph einzufügen, lautend: „Die Bestimmungen über die Erfüllung der Wehrpflicht in Tirol und Vorarlberg erfolgen im Wege der Landesgesetzgebung (Art. III. des Wehrgesetzes).“

Dieser Antrag wird unterstützt und nachdem sich der Berichterstatler mit demselben einverstanden erklärt hat, angenommen, desgleichen § 35 nunmehr § 36, sowie Titel und Eingang.

Ueber Antrag des Berichterstatlers wird die sofortige dritte Lesung beschlossen.

Abg. Baron Weiss beantragt namentliche Abstimmung. Dieser Antrag wird angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten:

Andriewicz, Berger, Bibus, Brestel, Conti, Coro-
nini, Daubel, Eichhoff, Froshauer, Giovanelli, Giskra,
Greuter, Helfersdorfer, Herrmann, Hopfen, Hornuzaki,
Jäger, Kardasch, Kiemann, Kinski, Klier, Klun, Ko-
lorzowa, Korb, Christian Koz, Kuenburg, Kubeck, Ku-
randa, Lhnyer, Kapenna, Leeder, Leonardi, Liebig, Lim-
beck, Pippmann, Pohninger, Pumb, Mandelsblüh, Müller,
Pascotini, Pauer Bernhard, Pauer Johann, Perger,
Petrino, Planer, Poche, Prato, Pratobervera, Prokopo-
wicz, Ryger, Salm, Schier, Schindler, Schlegel, Schlo-
fer, Schürer, Seifert, Simonowicz, Stamm, Steffens,
Straß, Streeruwicz, Tinti, Tomanez, Tunner, Vrints,
Wächter, Waser, Wenzliczek, Wichhoff, Widmann, Wolf,
Wolfrum, Zallner, Zedtwig.

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten:

Agopowicz, Bauer, Baworowski, Bergmüller, Bo-
chenski, Chrzanowski, Ciencki, Czackowski, Czajkowski,
Dehne, Demel, Dietrich, Dinsl, Dittrich, Fihauer,
Golojewski, Grochowski, Gschmiz, Hackelberg, Haffner,
Hefel, Horodyski, Hubicki, Jablonowski, Joffernig,
Kaiser, Kencel, Paz, Lenz, Lipold, Lubija, Maher,
Mende, Mertlitzsch, Pintar, Plankenstein, Pola-
nowski, Potocki, Rechbauer, Rogawski, Roser, Sam-
czynski, Schneider, Skene, Spiegel, Stockau, Sturm,
Sulkowski, Svetec, Synski, Toman, Tomus,
Torosiewicz, Tschabuschnigg, Wahl, Weiss, Wezyl,
Wyrobek, Zbyczewski, Ziemiakowski, Zyblikiewicz.

Abwesend waren die Abgeordneten.

Attems, Bachofen, Bajamonti, Banhaus, Barbo,
Barewicz, Beeß, Beust, Bodnar, Brader, Colombani,
Cerne, Degara, Dubsch, Dürkheim, Fek, Figuly, Groß
Franz, Groß Gustav, Guszalewicz, Hanisch, Herbst,
Jakobik, Knezevic, Koz Ferdinand, Landesberger, Lauer,
Matowicz, Manastyrski, Morgenstern, Pajer, Pehr,
Pfeiffer, Pillersdorf, Plener, Polanski, Proskowek,
Radman, Schubert, Stieger, Taaffe, Thun, Victorin,
Vidulich, Zeidler.

Präsident: Das Gesetz ist in dritter Lesung mit 75 gegen 61 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag den 19.: Tagesordnung:
1. Bericht des Ausschusses über das Gesetz betreffend
den Landsturm. — 2. Zweite Lesung der Regierungsvor-
lage betreffend den Grenzregulierungsvertrag mit Preu-
ßen. — 3. Zweite Lesung der Regierungsvorlage be-
treffend einige Aenderungen der Bestimmung über Ein-
hebung der Verzehrungssteuer. — Eventuell 4. Münd-
licher Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß
des Herrenhauses, betreffend das Postübereinkommen mit
der Moldau-Walachei. — 5. Bericht des Finanzaus-
schusses betreffend die Beschlüsse des Herrenhauses über
das Finanzgesetz.

Oesterreich.

Wien, 21. März.

(Orig.-Corr.)

Die Regierungsvorlage über das Landwehrge-
setz wurde im Abgeordnetenhause nach dreitägiger De-
batte angenommen. Die Landwehr-Institution, wie sie
hiedurch geschaffen wird, unterscheidet sich von der gleich-
namigen Heereseinrichtung im norddeutschen Bunde we-
sentlich dadurch, daß die österreichisch-ungarische Land-
wehr nicht ausschließlich, wie es dort der Fall ist, aus
solchen Individuen besteht, welche ihrer Wehrpflicht be-
reits im stehenden Heere genügt haben, sondern daß
auch jährlich jener Ueberschuß, der in das wehrpflichtige
Alter tretenden und zur Stellung berufenen tauglichen
Männer, für den sich innerhalb des gesetzlich normirten
Rahmens des Contingentes, im stehenden Heere kein
Platz findet, zur Landwehr eingereiht wird. Dieselbe
besteht demnach aus gedienten Truppendisponaten nach voll-
endeter Reservezeit, aus den eben erwähnten Ein-
gereihten und aus Freiwilligen. In dieser Verbindung
erfahrener und erprobter Elemente mit jungen und fri-
schen Kräften darf man einen Gedanken realisiert er-
blicken, welcher für das Gedeihen dieser Institution be-
deutungsvoll werden dürfte.

Die Discussion im Abgeordnetenhause galt auch
nicht dem Principe, sondern drehte sich lediglich um
Fragen organisatorischer Natur, als um die Frage, ob
die Districts-Commanden der Landwehr in Friedenszei-
ten mit den Militär-Commanden vereinigt werden sollen,
wie dies Regierung und Majorität aus ökonomischen
Rücksichten empfahlen, oder ob eigene Commandanturen
für die Landwehr zu errichten wären, wie dies die Mi-
norität begehrte, dann um die Frage der Commando-
sprache, welche nach dem Majoritätsantrage die des
Heeres zu sein hätte. Beide Fragen wurden im Laufe
der Verhandlung zu einer Schärfe zugespitzt, die sie nicht
verdienten, auch nimmer erlangt hätten, wäre nicht durch
einen unerklärlichen Einsall gerade der deutschen Linken
die Nationalitäten- und Sprachenfrage ins Mitleid ge-
zogen worden. Von Seite der Polen namentlich wurde
wiederholt der Versuch gemacht, in dieser Richtung den
nationalen Eigengelisten Concessionen zu erringen. In-
dessen wurden alle solche Anläufe aus der Mitte des
Hauses, mit Hinweisung auf die Reichseinheit und die
Einheit der Armee, und zwar in meist sehr schwun-
ghafter Weise zurückgewiesen. Große Beachtung fand
eine kurze Rede des Reichskanzlers, als Abgeordneter
für Reichenberg, der auf die allerdings noch bestehenden
inneren Schwierigkeiten der Consolidirung der diesseiti-
gen Reichshälfte hinwies, indem er es zugleich als die
einzige Remedur bezeichnete, daß man auf der einen
Seite nicht alles verlangen, auf der anderen Seite nicht
alles vorenthalten dürfe. Diese Worte, welche so recht
den staatsmännischen Charakter bekunden, indem sie sich
über die Parteien erheben, verfehlen nicht, in den be-
theiligten Kreisen große Beachtung zu finden. Liegt doch
in ihnen, darüber muß man sich klar sein, der Schlüssel
zur Lösung jener Streitfragen, die heute noch den Bo-
den der Verfassung als nicht durchaus gebaut erscheinen
lassen. Als ein ferneres Moment dieser Debatte sei
noch hervorgehoben, daß diesmal, im Gegensatz zu der
Verhandlung über das Wehrgesetz, jede Erörterung über
die auswärtigen Beziehungen der Monarchie unterblieb,
was man immerhin als ein nicht unbedeutendes Symptom
jener Beruhigung betrachten muß, mit der hier in po-
litischen Kreisen der Stand dieser Beziehungen und die
Leitung derselben nunmehr angesehen wird.

Wie bereits erwähnt, blieb die Regierung, für welche
die Minister Graf Taaffe und Dr. Giskra eintraten,
Siegerin. Die Majorität welche sie errang, hätte sich
wesentlich erhöht, wenn nicht, sowohl durch die Ver-
urtheile mehrerer Minister an das a. h. Hoflager, als
durch die bedauernden Abwesenheit einer namhaften
Anzahl von regierungsfreundlichen Deputirten (etwa 30!)

das Verhältniß zwischen Majorität und Minorität merklich verrückt worden wäre.

Der letzte Theil des Wehrgefeß-Complexes, die Regierungsvorlage, betreffend die Organisation eines, aus Freiwilligen zusammengesetzten Landsturmes im Kriegsfalle, wurde vom Abgeordnetenhaus insofern zurückgewiesen, als es darüber zur Tagesordnung überging. Das wesentlichste Motiv dabei scheint die unklare Textur des Entwurfes über die Frage, ob dieser Landsturm auch außer Landes zu verwenden käme, und die Befürchtung, ob derselbe den internationalen Schutz genießen würde, gebildet zu haben. Von Seite der Regierung hatte man vom Hause aus auf diese Institution kein besonderes Gewicht gelegt, so daß selbst die Opposition es sich nicht beikommen läßt, in dem Ergebnisse der bezüglichen Abstimmung einen Partei-Sieg zu erblicken.

Wien, 21. März. (Zum clericalen Zerwürfniß.) Der Prager „Tagesbote“ hält trotz des Dementis eines clericalen Blattes seine Mittheilung von einem Zerwürfniß zwischen den Cardinälen Rauscher und Schwarzenberg aufrecht. Man schreibt nämlich dem genannten Blatte von hier: Die Differenz zwischen den Cardinälen Rauscher und Schwarzenberg ist in dem folgenden Vorgang begründet, und zwar nach wohlverbürgten Mittheilungen, denen die Dementis clericaler Blätter nichts anhaben können. Cardinal Rauscher führte den Vorsitz in diesem clericalen Parlamente. Da er nun einsah, daß die feudal-clericale Partei nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren hat, so rief er zur Mäßigung und zu guter Miene zum bösen Spiel. Er stellte den Antrag sich mit der Regierung auszugleichen, ihr Concessionen zu machen; stieß aber auf heftigen Widerspruch von Seiten des Cardinals Schwarzenberg und des Runtius Falcinelli und ihrem Anhang. Das ist der Grund, warum diese Bischofs-Conferenz so schnell zu Ende war.

(Zur italienischen Allianz) wird der „Bohemia“ aus Wien gemeldet: Das italienische Cabinet bereitet ein Rundschreiben zur Orientirung seiner Gesandten vor, welches die innigsten freundschaftlichsten Beziehungen zu Oesterreich constatirt, aber entschieden ihren bloß Friedenszwecken dienenden und keine dritte Macht bedrohenden Charakter betont. — Von Seiten Italiens sind bereits nach mehreren theiligen Richtungen hin und, wie es scheint, nicht ohne Aussicht auf Erfolg, vertrauliche Verhandlungen angeknüpft, um zu noch weiterer Consolidirung der Zustände auf der apenninischen Halbinsel der vollzogenen Thatsache der Depositionen nachträglich — ohne Zweifel gegen eine entsprechende Gegenleistung — die Weihe eines vertragsmäßigen Verzeichnisses zu geben.

(Reise des Cardinals Rauscher nach Rom.) Entgegen der Nachricht, welche Wiener Journale einem Provinzialblatte entnommen haben, macht die „Corr. Gall.“ die Mittheilung, daß Cardinal Rauscher die Absicht hegt, nach dem Feste des Landespatrones St. Leopold (15. November) von hier abzureisen, um einige Tage vor Eröffnung des Concils, welches bekanntlich am 8. December erfolgt, in Rom zu erscheinen.

Locales.

Heute morgens wurde der allerhöchste Begnadigungsact an den aus Anlaß der Jeschza-Affaire Verurtheilten, im hiesigen Schloßberg-Kastell Verhafteten bereits in Vollzug gesetzt. Von den 20 Verurtheilten haben fünf die Nachsicht von je 20 Monat an ihrer Strafzeit erhalten und 12 wurden mit gänzlicher Nachsicht ihrer beinahe noch 23 Monate dauernden Strafe heute in Freiheit gesetzt. *

* Wie wir vernehmen, wurde der betreffende Antrag vom Herrn Landespräsidenten einvernehmlich mit dem Herrn Landesgerichtspräsidenten und Herrn Staatsanwälte gestellt, und in Triest vom Herrn Minister Grafen Taaffe Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet.
 Ann. der Redaction.

Es lebt wohl! Niemand im Lande, dessen Herz nicht höher schlägt bei dem Gedanken an die Freude der Eltern, Geschwister und Freunde, die das Wiedersehen der Entlassenen in dieser Stunde feiern, bei dem Gedanken an das Glück der Entlassenen selbst, denen fast zwei Jahre des Lebens, zwei Jahre kräftiger Jugend wiedergegeben sind in der Freiheit und am heimatlichen Herde!

Wir stehen mit Ehrfurcht und Bewunderung vor einem solchen Acte kaiserlicher Majestät. Die flüchtige Reise durch das Land bietet dem großmüthigsten und edelsten Fürsten Zeit und Gelegenheit, das schönste Recht der Krone, das Recht der Gnade zu üben; — das kaiserliche Wort dringt in die dunklen Räume des Kerkers, und die durch die langwierige Untersuchung schon fast zehn Monate dauernde Haft jener Verirrten, jener unglücklichen Opfer ihrer rohen Leidenschaft und frecher Verführung — ist zu Ende!

Dieses kaiserliche Wort tönt aber auch durch das ganze Land als ein Ruf des Friedens und der Versöhnung. Möge dieser Ruf und seine Bedeutung aller Orten laut und verständlich sein, und möge er mit erschütterndem Ernste tönen für jene, die selbst an diesen erhabenen Act kaiserlicher Gnade nur mit dem Auge und Werthmesser des Parteigeistes herantreten, und für alle jene, die da überhaupt bald auf dieser, bald auf jener Seite glauben zu siegen und zu gewinnen, während jeder Gewinn und Sieg sich selbst verzehrt, so lange die Parteien unbeugsam schroff sich gegenüberstehen, die Wohlfahrt des Volkes aber in schwieriger Zeit nur allein durch die Eintracht bedingt ist, die alle Kräfte zu den gemeinsamen Zielen verbindet, die im Gewahren und Gestatten ihre wahren Siege und in wahrer dankbarer Treue den Namen des großmüthigen geliebten Herrschers feiert.

(Zur Feier des a. h. Aufenthaltes) war, wie wir nachträglich erfahren, auch die Tischkante Fabrik auf's reichste und geschmackvollste decorirt. Drei riesige Transparente waren angebracht, das eine ein Hoch auf Se. Majestät, das andere auf Kaiser und Kaiserin, das dritte einen Stern mit Habsburg's Krone darstellend. Die Fabrik war eigens über Veranlassung des Chefs der Firma, Herrn Emanuel Tischkante in Schönfeld in Böhmen, so reich und glänzend decorirt.

(Antike Funde.) Gestern Nachmittag wurde ein dritter, den beiden in Nr. 64 dieses Blattes besprochenen ganz ähnlicher Steinartophag bei den Grabarbeiten zur Fortsetzung des Taufhauses Hausbaues aufgedeckt. Nachdem der schwere, mit einem sehr haltbaren Kalkement befestigte Dedel vorsichtig abgehoben worden war, zeigte sich ein fast noch ganz erhaltenes menschliches Gerippe, an welchem einige der Anwesenden noch Haare und Reste einer Bekleidung wahrnehmen wollten. Außerdem fand sich im Sarge nichts weiter vor. Er glich in allem den beiden anderen und lag ganz parallel in der nämlichen Tiefe. Bei diesem Anlasse wurde uns erzählt, daß auch in der Tönnies'schen Schottergrube seinerzeitige ähnliche Funde gemacht worden seien, worüber es interessant wäre, etwas näheres zu erfahren.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte Laibach. Am 23. März. Maria Kretl: Kindsmord; Michael Ventur: Betrug; Josef Kappel: Diebstahl. — Am 24. März. Anton Same: schwere körperliche Beschädigung; Blas Bernit und Katharina Bernit: öffentliche Gewaltthätigkeit; Blas Miheli: öffentliche Gewaltthätigkeit.

Einladung

zur Monatsversammlung des Musealvereins am nächsten Mittwoch, d. i. den 24. März Abends 5 Uhr, im Locale des historischen Vereins, Schulgebäude ebenerdig links.

Tagesordnung:

1. J. Stussiner: Briefliche Mittheilungen über mehrere Grotten Unterfrans.
2. Custos Deschmann: Steinberg's Beschreibung des Zirknitzer See's vom Jahre 1758.
3. Moriz Schenk: Neueste Forschungen über Trichinen.

Außer den Vereinsmitgliedern können auch sonst Freunde der Naturwissenschaften an diesen Versammlungen theilnehmen.

Laibach, 22. März 1869.

Von der Geschäftsleitung des Musealvereins.

Neueste Post.

Triest, 21. März. Anlässlich der Allerhöchsten Durchreise war gestern in Nabresina eine Ehrencompagnie der Triester Territorialmiliz mit ihrer Fahne und Musik aufgestellt. Der Militär-Commandant FML. Baron Weßler erwartete die Ankunft des Kaisers, wozu auch der Bezirkshauptmann von Sessana anwesend war. Eine Deputation des Triester Territoriums begrüßte Seine Majestät ehrerbietig. Das zahlreich versammelte Landvolk brach in enthusiastische Hochrufe aus.

Seine Majestät verließen den Hofswaggon, gingen die Front der Ehrencompagnie ab und sprachen die Allerhöchste Anerkennung aus. Unter erneuerten Hochrufen setzten sodann Seine Majestät die Reise nach Wien fort. Den ausgerückten Truppen in Pola, Triest und Nabresina wurde eine fünftägige Gratistlohnung bewilligt.

Paris, 20. März. Der gesetzgebende Körper verwarf mit 195 gegen 24 Stimmen das Amendement der Linken in Betreff Reducirung des Contingents von 80.000 Mann. Die zwei ersten Artikel des Gesetzes wurden angenommen.

Brüssel, 20. März. Die „Independance belge“ sagt: Die Vorbereitungen mit der französischen Regierung in Betreff der Eisenbahnfrage wurden definitiv geschlossen; beide Regierungen werden eine Erklärung bezüglich des Zusammentritts einer Commission nach den Ofern veröffentlichen.

Telegraphische Wechselcourse

vom 22. März.

5perc. Metalliques 62.75. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62.75. — 5perc. National-Anlehen 71.10. — 1860er Staatsanlehen 104.40. — Bankactien 729. — Creditactien 289.20. — London 125. — Silber 122.75. — R. t. Ducaten 5.88.

Angekommene Fremde.

Am 21. März.

Stadt Wien. Die Herren: Essinger, Kaufm., von Böhmen. — Besson, Kaufm., von Triest. — Elefant. Die Herren: Vessel, k. k. Schätzungscommissär, von Belschane. — Rosenberger, von Graz. — Kurz, aus Ungarn. — Neumann, Kaufm., von Kanischa. — Grillo, Handelsm., von Triest. — Lino, Privatier, von Wien.
 Baierischer Hof. Herr Wisnitzer, Holzagent, von Triest.
 Mohren. Die Herren: Simonoff und Leiner, Schauspieler, von Petersburg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Laibach (reducirt auf 0° R.)	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Linien
22.	6 U. Morg.	320.22	+ 3.5	N.D. schwach	Regen	0.12
	2 „ „	320.86	+ 7.1	N.D. mäßig	ganzen bew.	Regen
	10 „ Ab.	322.17	+ 4.6	N.D. schwach	ganzen bew.	
Vormittag Regen, Nachmittag meist dicht bewölkt, in den Alpen Schneefall, Mondhelo. Das Tagesmittel der Wärme + 5.1°						
Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.						

Börsenbericht.

Wien, 20. März. Die Börse verkehrte in matter Haltung und die Papiere stellten sich billiger, während Devisen und Valuten um 1/10 % tiefer schlossen. Geld flüssig.

Allgemeine Staatsschuld.		Grundentlastungs-Obligationen.		Geld Waare		Geld Waare	
für 100 fl.		für 100 fl.					
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		Nieder-Oesterreich . . . zu 5 pCt.	92.50	93.—	Süd-St. z. l. ven. u. z. i. E. 200 fl.	232.30	232.40
in Noten verzinst. Mai-November	—	Ober-Oesterreich . . . „ 5 „	90.—	91.—	„ „ oder 500 fl.	219.75	220.—
„ Silber „ Februar-August	62.60	Salzburg . . . „ 5 „	90.—	91.—	Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. EM.	186.50	186.75
„ „ Jänner-Juli	—	Böhmen . . . „ 5 „	92.50	93.—	„ „ Westbahn zu 200 fl.	590.—	591.—
„ „ April-October	70.70	Mähren . . . „ 5 „	90.50	91.—	„ „ Dampfsch.-Ges. 500 fl. EM.	328.—	330.—
Zu österr. Währ. . . zu 5 pCt.	59.50	Schlesien . . . „ 5 „	90.—	91.—	„ „ Lloyd in Triest 500 fl. EM.	322.—	327.—
„ „ v. J. 1866	5 „	Steiermark . . . „ 5 „	90.—	91.—	„ „ Dampfm.-Actg. . . .	680.—	690.—
„ „ rückzahlbar (1/2) „ 5 „	98.25	Ungarn . . . „ 5 „	78.50	79.—	„ „ Fester Kettenbrücke . . .	299.50	300.—
„ „ (1/2) „ 5 „	97.—	„ „ „ 5 „	76.50	77.—	„ „ Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	185.50	186.—
Silber-Anl. 1864 (C. St.)	5 „	„ „ „ 5 „	79.—	80.—	„ „ Remberg-Ezerowitzer Actien	250.—	256.—
„ 1865 (Frcs.)	5 „	„ „ „ 5 „	71.30	71.75	„ „ Versch.-Gesellschaft Donau		
„ „ 1866 (Frcs.)	5 „	„ „ „ 5 „	74.—	74.50	Pfandbriefe (für 100 fl.)		
Metalliques . . . zu 4 1/2 pCt.	56.—	„ „ „ 5 „	71.—	71.75	Nationalbank auf verlosbar zu 5%	100.80	101.—
Mit Verlos. v. J. 1839	208.—	„ „ „ 5 „	77.50	78.—	„ „ auf 6. W. verlosb. 5 „	96.—	96.25
Mit Verlos. v. J. 1854	95.25	„ „ „ 5 „	74.50	75.—	„ „ Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	92.50	93.—
zu 250 fl.	4 „	Actien (pr. Stüd.)			„ „ Bod.-Cred.-Anst. verlosbar zu 5% in Silber	107.75	108.25
Mit Verlos. v. J. 1860	105.—	Nationalbank . . .	727.—	728.—	„ „ in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in 6. W.	90.25	90.75
zu 500 fl.	5 „	Kaiser Ferdinands-Nordbahn zu 1000 fl. EM.	2290.—	2295.—	Loose (pr. Stüd.)		
Mit Verlos. v. J. 1860	106.50	Credit-Anstalt zu 200 fl. 6. W.	298.40	298.60	Cred.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. 6. W.	169.25	169.75
Mit Verlos. v. J. 1864	126.40	„ „ z. 500 fl. 6. W.	830.—	835.—	„ „ Dampfsch.-G. z. 100 fl. EM.	97.—	97.50
zu 100 fl.	126.40	„ „ z. 200 fl. EM.	325.—	325.50	„ „ Stabigem. Ofen „ 40 „ 6. W.	37.50	38.50
Commo-Rentensch. zu 42 Lire aust. pr. Stüd.	23.50	Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. EM.	178.50	178.75	„ „ Salm „ 40 „ „	42.50	43.—
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 6. W. (300 fl. 5 pCt.) in Silber pr. Stüd.	118.25	Süd-norbb. Ber.-B. 200 „ „	161.—	161.25			

Wechsel (3 Mon.)

Geld	Waare	Geld	Waare
Augsburg für 100 fl. südd. W.	104.20	104.40	
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	104.50	104.60	
Hamburg, für 100 Mark Banco	91.50	91.70	
London für 10 Pf. Sterling	124.90	125.—	
Paris für 100 Francs	49.70	49.80	

Cours der Geldsorten

Geld	Waare	Geld	Waare
R. Münz-Ducaten . . 5 fl.	37 fr.	5 fl.	88 fr.
Napoleon'sd'or . . . 10 „	—	10 „	—
Russ. Imperials . . . 1 „	83 1/2	1 „	84 „
Reichsthaler . . . 122 „	25 „	122 „	50 „
Silber			

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotirung: 86.50 Geld, 90 Waare.